

Abteilung Planung und Rohbau

Montag, 10. Juni

2024

Qualifikationsverfahren Allgemeinbildung

Schlussprüfung (SP) für 3-jährige Lehren, Lösungen

3

Lehrjahre

Lösungen

Für die ganze Prüfung gilt: Es dürfen keine Viertelpunkte gegeben werden.

Grundwissen, Lesen, Schreiben, Grafiken Grafiken

1a

4.0 P 4a

Grafikstruktur (1.5 P; 0.5 P pro korrekte, vollständige Nennung)	Diagrammart: Säulen-/Balkendiagramm y-Achse: prozentuale Ausgabenanteile (0 bis 18 Prozent) von Krankenkassenprämien und Gesundheitsausgaben am Bruttoeinkommen x-Achse: Bruttoeinkommen von fünf verschiedenen Einkommensgruppen: bis 4530 Franken, zwischen 4530-6717 Franken, zwischen 6718-9288 Franken, zwischen 9289-12855 Franken, mehr als 12855 Franken
Aussageziel in 1-3 Sätzen (2.0 P; 1.0 P pro korrekte Aussage, 1.0 P für korrekte Rechtschreibung und Grammatik)	Die Grafik von 2022 illustriert den prozentualen Anteil von Krankenkassenprämien und Gesundheitsausgaben am Bruttoeinkommen verschiedener Einkommensklassen im Jahr 2021.
Datenquelle / Jahr (0.5 P für vollständige Angabe)	Die Grafik stammt aus einem Beitrag vom 8.4.2022 von der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich.

4.0 P (Verteilung gemäss Schlüssel in linker Spalte)

1b

Der Bundesrat hat bei der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes in den 1990er-Jahren versprochen, dass niemand mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens für die Krankenkasse ausgeben soll. Dafür wurden die Prämienverbilligungen eingeführt. Nun sind die durchschnittlichen Krankenkassenprämien seit 1997 real um über (40 / 100 / **140**) Prozent gestiegen. Die Prämienverbilligung stieg hingegen nur um etwas über (14 / **40** / 100) Prozent.

1.5 P 4b

Im selben Zeitraum sind die durchschnittlichen Reallöhne im Vergleich mit den Krankenkassenprämien rund (8 / 9 / **9,5**) Mal schwächer angestiegen.

1.5 P (je 0.5 P)

1c	Schlussfolgerung/ Beobachtung Grafik 1	<p>Haushalte mit einem tieferen Einkommen sind von den Krankenkassenprämien Kopf-Prämien stärker belastet als solche mit einem hohen Einkommen. Dasselbe gilt, wenn auch in einem geringeren Ausmass, für die Gesundheitskosten generell.</p> <p>So droht die Gesundheitsversorgung in der Schweiz tendenziell zu einem Luxusgut zu werden, das sich nicht mehr alle leisten können.</p>	6.0 P 4c
	Grund für Ergebnis Grafik 1	<p>z.B.</p> <p>Weil die Krankenkassenprämien Kopf-Prämien, d.h. für alle gleich hoch sind, unabhängig vom Einkommen, bedeuten die hohen Prämien für Haushalte mit tiefem Einkommen eine starke Mehrbelastung. Sie trifft es stärker als einkommensstärkere Haushalte.</p>	
	Schlussfolgerung/ Beobachtung Grafik 2	<p>z.B.</p> <p>Die Krankenkassenprämien sind zwischen 1997 und 2021 fast durchgehend angestiegen. Einzig im Jahr 2007/08 gab es eine kurzzeitige Entspannung.</p>	

Grund für Ergebnis Grafik 2	z.B. Mögliche Gründe für den starken Anstieg der Krankenkassenprämien sind die immer älter werdende Bevölkerung, die häufigeren Arztbesuche und immer häufiger erbrachten ambulanten Spitalleistungen sowie der Konsum von mehr und teureren Medikamenten. Auch der technologische Fortschritt im Gesundheitswesen hat sein Preis.
--------------------------------	---

6.0 P (je 1.0 P für relevante Schlussfolgerung, je 1.0 P für passenden Grund, je 1.0 P für korrekte Rechtschreibung und Grammatik)

Leseverstehen

2

	Richtig	Falsch	
1 Die Schweizerische Volkspartei fordert, dass der Staat den privaten Anbietern im Gesundheitswesen möglichst wenige Vorschriften macht.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	0.5 P
2 Geht es nach dem Willen der SVP, so wird die Grundversicherung künftig mehr Leistungen übernehmen als heute. Richtig: Weniger Leistungen, nur noch die «wesentlichen» gesundheitlichen Bedürfnisse sollen abgedeckt sein, für alles andere soll es eine Zusatzversicherung brauchen.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	1.5 P
3 Die Vorschläge der SVP würden bedeuten, dass Versicherte künftig für ihre Dinge, die aus dem Katalog der Grundversicherung fallen, neu extra bezahlen müssten.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	0.5 P
4 Laut FDP sollen jene Versicherten profitieren, die selbst mehr Risiko übernehmen, indem sie zu günstigen Anbietern wechseln.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	0.5 P

1

- 5 Die Mitte verlangt, dass die Gesundheitskosten nicht stärker ansteigen dürfen als das Lohnniveau. 1.5 P
Richtig: Verlangt wird eine Kostenbremse: Wenn die Gesundheitskosten stärker ansteigen als die Löhne, muss die Politik handeln.
- 6 Geht es nach dem Willen der GLP, dann wird es künftig in der Schweiz weniger Spitäler geben, dafür spezialisierte. 0.5 P
- 7 Die Sozialdemokraten verlangen, dass eine Familie nicht mehr als 15 Prozent der Einnahmen für Krankenkassenprämien ausgeben darf. 1.5 P
Richtig: Nicht mehr als 10 Prozent
- 8 Die SP will, dass Krankenkassen gar keinen Gewinn mehr machen dürfen. 1.5 P
Richtig: Der Profit soll sich in Massen halten, Gesundheitsanbieter sollen sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten
- 9 Geht es nach den Grünen, soll die Grundversicherung künftig auch Zahnbehandlungen bezahlen. 0.5 P
- 10 Die Grünen wollen, dass Medikamente ab sofort nicht mehr teuer werden. 1.5 P
Richtig: Die Grünen wollen einfach tiefere Medikamentenpreise. Wie genau dies erreicht werden soll, steht nicht. Auch richtig: Die Grünen wollen mehr Leistungen
- Total 10.0 P (pro korrekten Entscheid 0.5 P, pro Korrektur 1.0 P)**

Grundwissen

- 3a** Die Begriffspaare sind: **2a** 1.5 P
- **1 (Liberale Gesellschaft): Aussage 5**
 - **2 (Ausgebauter Sozialstaat): Aussage 6**
 - **3 (Ausgebauter Umweltschutz): Aussage 1**
 - **4 (Restriktive Migrationspolitik): Aussage 2**
 - **5 (Law and Order): Aussage 4**
 - **6 (Restriktive Finanzpolitik): Aussage 3**
- 4.0 P (je 0.5 P)**

3b

Forderungen	Num- mer	Partei
Übersteigen die Krankenkassenprämien 10% des verfügbaren Einkommens, muss der Staat die Differenz übernehmen. Diese Prämienverbilligung wird zu mindestens zwei Dritteln durch den Bund und zu einem Drittel durch die Kantone finanziert.	5, 6	SP, Grüne
In der Grundversicherung darf es nicht um den Profit gehen. Deshalb soll die soziale Krankenversicherung von einer einheitlichen nationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtung (Einheitskasse) durchgeführt werden.	5, 6	SP, Grüne
Der Bund führt eine Kostenbremse im Gesundheitswesen ein, welche sich am Konjunkturverlauf und den Durchschnittslöhnen orientiert. Damit sollen die Leistungserbringer dazu gebracht werden, auf teure und unnötige Behandlungen zu verzichten.	3 (ev. 4, 2)	Mitte (GLP, FDP)
Prämienzahlerinnen und -zahler sollen selber entscheiden, welche Gesundheitsleistungen sie mit ihrer Krankenkassenprämie abgedeckt haben wollen. So müssen sie nicht mehr für das ganze «Me-nü» der Grundversicherung aufkommen, sondern nur für jene Bereiche, die sie wirklich selbst nutzen.	2 (ev. 1)	FDP (SVP)

4.0 P **2b**

4.0 P (je 0.5 P)

3c

Die Zahlen in der untersten Reihe lauten:

Total	CHF 1900.-	CHF 2'500.-	CHF 0.-	CHF 1'900.-	CHF 0.-
--------------	---------------	----------------	----------------	------------------------	----------------

1.5 P **2c**

1.5 P (je 0.5 P für korrekten Betrag in den drei rechten Zeilen)

3d

Vorteil	Nachteil
Geringere Gefahr, dass Leute später in einem Spital und im Notfall behandelt werden müssen und deutlich höhere Kosten verursachen.	Giesskannenprinzip ist unsinnig: Von der Franchise-Abschaffung profitieren auch Leute, die es nicht nötig haben.
Finanzielle Hürde für einkommensschwache Versicherte fällt weg.	Es würden tendenziell mehr Menschen zum Arzt gehen.
...	Möglicherweise drohen höhere Prämien (trifft vor allem Mittelstand)
	...

2.0 P **2d**

2.0 P (je 0.5 P)

3e

Satz 1:
Wenn die Gesundheitsbranche Politikerinnen und Politiker zu Interessensvertretern macht, kann sie wirksam Einfluss nehmen.

Satz 2:
Dies ist besonders in einer stark regulierten Branche mit vielen Akteuren wie dem Gesundheitswesen bedeutend.

Satz 3:
Denn in den Kommissionen werden die Gesetze vorberaten und vieles, was im National- und Ständerat später debattiert wird, ist dann entscheidend vorgespurt.

3.0 P 2e

3.0 P (pro korrektem Satz 1.0 P)

3f

Sie sind als Vereine organisiert.	Sie vertreten die Interessen ihrer Mitglieder im Vernehmlassungsverfahren	Sie engagieren sich meist nur für ein bestimmtes Interessengebiet und dienen der Selbsthilfe.	Sie versuchen Bürgerinnen und Bürger von ihren Idealen zu überzeugen.
Sie nehmen aktiv an Wahlen und Abstimmungen teil.	Sie versuchen Bürger/innen zum politischen Meinungsbildungsprozess anzuregen.	Sie vertreten die gemeinsamen beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder gegen ausen.	Sie vertreten stets die Interessen der Wirtschaft
Ihr vorrangiges Ziel bei Wahlen ist es, möglichst viele Vertreter/innen in Behörden zu entsenden.	Sie übernehmen die Verantwortung für staatliches Handeln in Parlament und Regierung.	Sie helfen ihren Mitgliedern ihre Rechte am Arbeitsplatz durchzusetzen.	Sie stellen bei Wahlen keine eigenen Listen auf, sondern delegieren ihre Vertreter/innen in ihnen nahestehende Fraktionen.

3.0 P 2f

3.0 (je 0.5 P)

4a	Erste Gruppe	Zweite Gruppe	5.0 P 3a
	Zur ersten Gruppe gehören Personen aus einem EU-/EFTA-Staat	Zur zweiten Gruppe gehören Personen aus Drittstaaten	
	Für Personen aus der ersten Gruppe gilt die Personenfreizügigkeit (Bilaterale I)	Für Personen aus der zweiten Gruppe gilt die Personenfreizügigkeit nicht	
	1 Sie haben einen Arbeitsvertrag	1 Sie sind Spezialist*innen	
2 Sie sind selbstständig	2 Sie sind Anerkannte Flüchtlinge		
3 Sie verfügen über genügend finanzielle Mittel	3 Sie bekommen einen kontingentierten Arbeitsplatz		

5.0 P (je 0.5 P)

4b		positiv	negativ	3.0 P 3b
	Unterdrückung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Minderheit: Omir, ein Uigure, wird vom chinesischen Regime als Terrorist bezeichnet. Ihm drohen Gefängnis und Folter.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	Willkürliche Gewalt aufgrund von Krieg: Alayna fürchtet täglich um ihr Leben, da in ihrer Heimat (Gaza) Krieg herrscht.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
	Armut wegen Wirtschaftskrise: Miguel aus Venezuela leidet unter der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahren. Seine Existenz ist gefährdet.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
	Verfolgung aufgrund politischer Überzeugung: Alexej wird von der Polizei gesucht, weil er gegen Putin demonstriert und in sozialen Medien zum Sturz der russischen Regierung aufgerufen hat.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	Bedrohung der Lebensgrundlage aufgrund einer Umweltkatastrophe: Durch die letzte Flutkatastrophe in Libyen hat Tanisha ihr Haus, ihre Familie und ihr Geschäft verloren.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
	Diskriminierung aufgrund der Ausübung einer bestimmten Religion: Geleg (Männernamen) darf seine Muttersprache Tibetisch nicht sprechen und keine	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

buddhistischen Rituale ausüben, weil das chinesische Regime das nicht will.

3.0 P (je 0.5 P für positiv/negativ)

4c

2.0 P 3c

	richtig	falsch
Auch anerkannte Flüchtlinge können aus der Schweiz ausgewiesen werden, sobald sich die Lage in ihrem Heimatland stark verbessert/stabilisiert hat.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Ein Flüchtling, dessen Asylgesuch in einem EU-Staat abgelehnt wurde, darf in der Schweiz erneut ein Asylgesuch stellen.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Alle Flüchtlinge, die wegen einem Krieg in ihrem Heimatland in die Schweiz gekommen sind, erhalten den Schutzstatus S.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Der Anteil von Flüchtlingen an der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz ist relativ klein.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.0 P (je 0.5 P für richtig/falsch)

5a

5.0 P 5a

Argumente	Pro	Kontra
Die obligatorische Grundversicherung garantiert der ganzen Bevölkerung den gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung. Wäre sie freiwillig, würden sich viele Leute eine Krankenversicherung gar nicht leisten und damit die Sicherheit aufgeben, in jedem Fall angemessen behandelt zu werden.	X	
Das Obligatorium hat zur Folge, dass immer häufiger staatliche Prämienverbilligungen ausbezahlt werden müssen, weil sich immer mehr Leute die Prämien nicht mehr leisten können.		X
Die Behandlungskosten belaufen sich selbst bei mittelschweren Leiden rasch auf vier- bis fünfstelligen Beträge. Ohne eine Krankenversicherung kann schon eine mittelschwere Erkrankung für viele zum Armutsrisiko werden.	X	
Das Obligatorium verpflichtet die Krankenkassen den vom Bund vorgeschriebenen Leistungskatalog zu bedienen. Ohne diese Verpflichtung könnten sie Versicherungsvarianten mit günstigeren Prämien anbieten.		X
Nicht alle Menschen brauchen eine Krankenversicherung, welche alle möglichen Gesundheitsrisiken abdeckt. Deshalb sollte man nicht dazu gezwungen werden, für etwas zu bezahlen, das man gar nicht braucht.		X

Wie alle Versicherungen funktioniert auch die Krankenversicherung nach dem Solidaritätsprinzip, damit all jene, welche Leistungen benötigen, Hilfe bekommen. Ohne Obligatorium wäre die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken gefährdet.	X	
Wenn jeder selbst entscheiden kann, ob er sich versichern lassen will oder nicht, steigert dies die Bereitschaft, auf teure und unnötige Behandlungen zu verzichten. Dies würde die Gesundheitskosten und damit auch die Prämien senken.		X
Ohne Obligatorium könnten die Krankenkassen bestimmen, welche Leistungen sie zu welchem Preis versichern wollen. Dies würde den Wettbewerb unter den Anbietern und damit den Preisdruck fördern.		X
Eine umfassende medizinische Versorgung gehört zum Service Public und ist kein normales Handelsgut mit normalem Marktwert.	X	
Ohne Obligatorium würde keine umfassende und qualitativ hochstehende medizinische Versorgung für alle bereitgestellt. Dann gäbe es die Spitzenmedizin nur noch für Reiche.	X	

5.0 P (je 0.5 P für korrekte Zuordnung)

5b Mögliche Argumente siehe 5a:

17.0 P 5b

Bewertungsschema «Stellungnahme»

		Mögliche Punkte
Titel:	Inhaltlich präziser, aussagekräftiger Titel	1.0 P
Einleitung:	Es wird kurz und bündig beschrieben, wovon es im Text geht. (1 P) Sprachlich gut formuliert (1. Satz: Frage, Zitat, Aussage o.Ä.) (1 P)	2.0 P
Argumente:	Der Hauptteil enthält zwei Argumente. Diese sind formal vollständig (1 Punkt pro Argument) und plausibel (1 Punkt pro Argument)	4.0 P
Schluss:	Der Schluss enthält ein Fazit bzw. eine Entscheidung.	1.0 P
Textgliederung:	Der Text ist äusserlich gegliedert in: Einleitung, Hauptteil, Schluss	1.0 P
Innere Gliederung:	Der Aufbau ist logisch, die Bezüge verweisen auf die korrekten Referenzobjekte	2.0 P

	und die Verbindungen zwischen den Abschnitten sind stimmig. Die Mehrheit der Sätze ist aus Haupt und Nebensätzen gebildet.	
Wortschatz:	Der Wortschatz ist angemessen vielfältig und präzise. Fachbegriffe werden korrekt angewendet.	2.0 P
Grammatik:	Korrekte Grammatik (vgl. Referenzliste im Anschluss an diese Bewertungstabelle)	2.0 P
Rechtschreibung:	Korrekte Rechtschreibung und Zeichensetzung. (vgl. Referenzliste im Anschluss an diese Bewertungstabelle)	2.0 P
	Weniger als 100 Wörter: Minus 1 Punkt	(-1.0 P)
	Weniger als 50 Wörter: Minus 2 Punkte	(-2.0 P)
	Maximum Punkte	17.0 P

Referenzliste

	Anzahl Wörter						
	Anzahl Fehler	Durchschnitt pro Wörter	< 1 Fehler pro 50 Wörter	bis 1 Fehler pro 45 Wörter	bis 1 Fehler pro 40 Wörter	bis 1 Fehler pro 35 Wörter	> 1 Fehler pro 30 Wörter
Korrekte grammatikalische Formen			2 □	1.5 □	1 □	0.5 □	0 □
Korrekte Rechtschreibung und Zeichensetzung	Anzahl Fehler	Durchschnitt pro Wörter	< 1 Fehler pro 40 Wörter	bis 1 Fehler pro 35 Wörter	bis 1 Fehler pro 30 Wörter	bis 1 Fehler pro 25 Wörter	> 1 Fehler pro 20 Wörter
			2 □	1.5 □	1 □	0.5 □	0 □